

"Berufseuropäer gesucht" in Der Spiegel (18. Dezember 1957)

Quelle: Der Spiegel. 18.12.1957. Hamburg. "Berufseuropäer gesucht", p. 15.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/berufseuropaer_gesucht_in_der_spiegel_18_dezember_1957-de-c9f88718-b00a-41da-b4d8-551329018121.html

Publication date: 05/11/2015



Berufseuropäer gesucht

Wenn die Deklamationen des großen Nato-Kriegsrates in Paris verklungen sind, werden die Außenminister der sechs Montan-Union-Länder noch einmal gesondert zusammenkommen. Sie müssen sich dann mit einem Problem beschäftigen, das ebenso die kleineuropäischen Wachstumsnöte wie die Existenzsorgen einiger Berufseuropäer zeigt. Dieses Problem firmiert im dienstlichen Jargon des Auswärtigen Amtes in Bonn unter dem Stichwort „Sitz und Vorsitz“; gemeint sind Ansiedlung und personelle Besetzung der neugeschaffenen europäischen Behörden.

Am 1. Januar 1958 nehmen nämlich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) ihre Tätigkeit auf. Ihre Spitzenfunktionäre sind noch nicht bestimmt. Außerdem sind eine Anzahl andere wichtige Posten in den europäischen Gremien zu besetzen. Es müssen ernannt werden:

- neun Mitglieder der Kommission für die EWG, darunter zwei deutsche, einschließlich des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten,
- fünf Mitglieder der Kommission für Euratom, darunter ein deutsches, einschließlich des Präsidenten und des Vizepräsidenten,
- die Richter für den Europäischen Gerichtshof,
- die Administratoren der Europäischen Investitionsbank,
- der Präsident und der Vizepräsident der seit 1952 bestehenden Montanunion⁽¹⁾.

Da vertraglich vereinbart ist, daß die Präsidenten und Kommissionsmitglieder der europäischen Behörden nur in gegenseitigem Einvernehmen der beteiligten Staaten ernannt werden können, haben die Außenminister die diffizile Aufgabe, nationale und personelle Wünsche aufeinander abzustimmen.

Außerdem müssen sich die Außenminister über eines von fünf leidenschaftlich vorgetragenen Hauptstadt-Projekten einigen. Um den Ruhm, europäische Metropole zu werden, bewerben sich Brüssel, Paris, Mailand, Luxemburg — bisher Sitz der Montan-Union — und das deutschfranzösische Städtepaar Straßburg-Kehl.

Wie schwer es sein wird, das europäische Regierungsviertel an einem Platz zu konzentrieren, zeigte sich bereits in der letzten Woche, als der luxemburgische Ministerpräsident Bech in Bonn erschien und dem Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte, seine Regierung denke nicht daran, die Abwanderung von Behörden der Montanunion aus Luxemburg gutzuheißen.

Dieser harte Einspruch des sonst so friedfertigen luxemburgischen Regierungschefs hat jene bundesrepublikanischen Kandidaten verstört, die sich eine Chance als Berufseuropäer ausrechnen und den Plan unterstützen, die amüsierfreudige Lichterstadt Brüssel zur europäischen Metropole zu machen, damit ihnen die provinzielle Langeweile Luxemburgs erspart bleibt.

Indes bereitet die Wahl der künftigen Europa-Hauptstadt zur Stunde nicht so viel Schwierigkeiten wie die Wahl der europäischen Spitzenfunktionäre. Nachdem in Bonn bekanntgeworden ist, daß der ehemalige französische Ministerpräsident Plevin zum engeren Kreis der Anwärter auf die Mitgliedschaft in der EWG-Kommission gehört, ist Bundeskanzler Adenauer genötigt, ebenbürtige Kandidaten anzubieten und die Kommissionssitze nicht mehr wie bisher als Trostpreise für politische Altenteiler betrachten.

Überdies ist der Plan des Bundeskanzlers, den ehemaligen sogenannten Vizekanzler Franz Blücher als Vizepräsidenten der Montan-Union zu etablieren, auf französischen Widerspruch gestoßen: Staatssekretär Faure meldete Bedenken seiner Regierung an, als er kürzlich in Bonn war, und der frühere Präsident der Hohen Behörde der Montan-Union, Jean Monnet, machte prominente CDU-Politiker mobil, statt des unerwünschten Franz Blücher den Abgeordneten Kurt-Georg Kiesinger für das Amt des Vizepräsidenten oder gar des Präsidenten der Montan-Union zu benennen.

Zur Begründung meinte Monnet, Kiesinger werde sich mehr um die westeuropäische Einigung kümmern; Blücher sei nur Mitläufer des Bundeswirtschaftsministers Erhard, dessen Kritik an der EWG in Frankreich

nicht gerne gehört wird.

Doch der Plan Monnets, der außerdem vorgeschlagen hatte, einen Belgier an die Spitze der EWG und einen Franzosen an die Spitze von Euratom zu setzen, ist schon gefährdet. Die belgische Regierung, die Brüssel gern als europäische Metropole sähe, hält es für taktisch klüger, auf einen EWG-Kandidaten zu verzichten. Die Begründung ist zwingend: Ein Standort bleibt, aber die Personen wechseln.

Dieser belgische Verzicht hat im Bonner Auswärtigen Amt die Hoffnung geweckt, sogar für das EWG-Präsidium einen deutschen Anwärter nominieren zu können. Staatssekretär Walter Hallstein hat sich bereits empfehlend in Erinnerung gebracht.

Aber selbst wenn sich die Hoffnung auf einen deutschen EWG-Präsidenten nicht erfüllt, so müssen zwei deutsche Mitglieder für die EWG-Kommission benannt werden, und zwar ein Politiker und ein Beamter. Vorgeschlagen sind der als Nachwuchstalent der CDU gerühmte ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, und der Gewerkschaftsfunktionär Ludwig Rosenberg, Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik im DGB.

Das Bundeswirtschaftsministerium präsentiert als geeigneten EWG-Kandidaten den Ministerialdirigenten von der Groeben. Er hat schon bei der Ausarbeitung der Verträge über die EWG und Euratom Erfahrungen sammeln können.

Als Außenseiter im Wettlauf um günstige Positionen bei europäischen Behörden hat sich der ehemalige hessische FDP-Chef August-Martin Euler (jetzt Deutsche Partei) mit dem Wunsch Mitglied der Euratom-Kommission zu werden, zu placieren gesucht. Aber Atom-Minister Balke, der Eulers Atomfunktionärspläne früher schon einmal stoppte, hat bereits sein Veto eingelegt: „Ich habe einen Arbeitsplatz zu vergeben und keinen Versorgungsposten.“ Dieses Motto gilt auch für die sechs Außenminister, die sich nun demnächst in Paris routinemäßig mit „Sitz und Vorsitz“ der europäischen Behörden zu beschäftigen haben.

Die Bundesregierung hat anscheinend noch keine Neigung, sich offen in die personalpolitische Schlacht zu begeben. Am letzten Freitag — einen Tag vor dem Aufbruch des Bundeskanzlers zur Pariser Nato-Konferenz — beschäftigte sich das Bundeskabinett mit „Sitz und Vorsitz“. Man einigte sich lediglich darauf, daß die Zentralisierung aller europäischen Behörden an einem Ort zwar wünschenswert sei, jedoch nicht dringlich. In der Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes, die sich mit den personellen Fragen des Problems beschäftigt, sind keine Namen von Kandidaten genannt. Die Staatssekretäre Globke und Hallstein wünschen diese Angelegenheit mit aller Diskretion zu behandeln.

(1) Präsident der Montan-Union war bisher der Franzose René Mayer, Vizepräsident der jetzige Bundesfinanzminister Franz Etzel. Der zweite Repräsentant der Bundesrepublik in der Hohen Behörde der Montan-Union ist der ehemalige DGB-Funktionär Dr. Heinz Potthoff.